

K-09

Beschluss: Erledigt durch Annahme L-05 in Fassung Antragskommission

Mehr Wohnungspolitischer Einfluss des Staates

Die SPD spricht sich für eine erhebliche Ausweitung des öffentlichen und genossenschaftlichen Sektors in der Wohnungsbau- politik aus.

Hier ist sowohl das Instrument einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für ein Engagement in der Fläche als auch die Gründung und Unterstützung kommunaler gemeinwirtschaftlicher und nicht profitorientierter Träger nötig.

Eine weitgehende Weitergabe öffentlichen Grund und Bodens im Erbpachtverfahren und im Wege der Konzeptvergabe sowie ein entschlossener Einsatz – und ggf. eine Schärfung – baurechtlicher Instrumente wie Baugebote sowie die Schaffung konsequenter Mieterschutzregelungen wie Moratorium oder Mietendeckel können zu einer Zügelung des kapitalistischen Wild- wuchses auf dem Wohnungsmarkt beitragen.